

"Materialien und Berichte" der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle
(Projektgruppe im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg)
Leitung: Professor Dr. Max Wingen

Heft 8

Bevölkerungsentwicklung
in
Baden-Württemberg
- Tendenzen und Perspektiven -

Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg

Stuttgart 1983

Vorwort

Die Bevölkerungsentwicklung eines Landes erweist sich immer wieder als ein Sachverhalt, der den verschiedensten politischen Handlungsfeldern vorgelagert ist und daher allgemeinere Beachtung erfährt. Dies gilt auch für die Bevölkerung Baden-Württembergs, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer gegenwärtigen Struktur als auch der sich abzeichnenden Entwicklungslinien. Letztere wiederum sind durch vorausgegangene längerfristige demographische Prozesse mitbedingt.

Der Bevölkerungsprozeß kann nicht losgelöst von Entwicklung und Struktur der Familien gesehen werden. So stehen insbesondere die generativen Entscheidungen auf der Mikroebene der Ehen und Familien in enger Wechselbeziehung zu den Bevölkerungsvorgängen auf der Makroebene und beeinflussen diese auf längere Sicht nachhaltig. Von besonderer Aktualität sind gegenwärtig auch Struktur und Entwicklung des ausländischen Bevölkerungsanteils, der in Baden-Württemberg - im Vergleich zu anderen Flächenstaaten der Bundesrepublik Deutschland - besonders hoch ist (1982: 10 Prozent).

Über diese Bevölkerungsstrukturen und -entwicklungen in datenorientierter Sicht zu informieren war Aufgabe eines auf vielfältige Materialien des Statistischen Landesamtes gestützten Vortrags im Rahmen einer Vortragsreihe über "Die Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg", die im Sommersemester 1982 an der Universität Tübingen stattfand. Die einzelnen Beiträge werden demnächst in einem Sammelband gleichen Titels von der Landeszentrale für politische Bildung veröffentlicht (Schriften zur politischen Landeskunde, Bd. 7, hrsg. von dem Initiator des Vortragszyklus, Professor Dr. Alfred E. Ott, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1983).

Um den Beitrag zur Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg und zu den Veränderungen demographischer Familienstrukturen einem speziell an dieser Thematik interessierten begrenzten Kreis vorweg zugänglich zu machen, aber auch etwa für Dokumentationsvorhaben im Rahmen der amtlichen Statistik leichter ver-

füßbar zu haben, wurde er unverändert in die Reihe der "Materialien und Berichte" aufgenommen. Auf die Gesamtveröffentlichung mit allen Beiträgen wird ausdrücklich verwiesen.

Prof. Dr. Max Wingen
Präsident des Statistischen
Landesamtes Baden-Württemberg

Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg

Tendenzen und Perspektiven

Von Max Wingen

Vorbemerkung

In seiner Studie über die ökonomischen Konsequenzen des Versailler Friedensvertrags schreibt John Maynard Keynes zu Beginn der 20er Jahre: »Die großen Ereignisse der Geschichte gehen zumeist auf säkulare Veränderungen des Bevölkerungswachstums und anderer wirtschaftlicher Grundtatsachen zurück; da aber derartige Veränderungen sich nur allmählich vollziehen, entgehen sie den Beobachtungen der Zeitgenossen, die dann aus Unkenntnis den Gang der Geschichte der Dummheit der Staatsmänner oder dem Fanatismus von Atheisten zuschreiben.« Man mag darüber streiten, inwieweit es gegenwärtig noch problemangemessen ist, sich in unserer wirtschaftlichen Situation auf keynesianische Therapievorschläge zu stützen. Die vorstehende grundsätzliche Anmerkung verdient jedenfalls auch heute Beachtung.

Nicht ohne Grund werden in diesem Buch ziemlich zu Beginn die Bevölkerungsentwicklung und die sich abzeichnenden Veränderungen für das Land Baden-Württemberg dargestellt. Handelt es sich hier doch um einen Bereich, der der Problemerkfassung in zahlreichen anderen politischen Handlungsfeldern *vorgelagert* ist. Demgemäß wird es sich in den folgenden Darstellungen und Überlegungen anbieten, trotz der Breite der unmittelbaren eigenen Thematik gelegentlich solche Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen dem demographischen und dem sozialwirtschaftlichen Prozeß anzusprechen.

Die bisherige Entwicklung im Überblick

Die Zeit vor der Gründung des Landes Baden-Württemberg

Eine etwas langfristigere Sicht der Probleme der Bevölkerungsentwicklung des 1952 neugeschaffenen Sdweststaates legt es nahe, auch die

weiter zurückreichende Entwicklung in der Region des heutigen Landes Baden-Württemberg wenigstens kurz in Erinnerung zu rufen. Dabei bringt es keine größeren Schwierigkeiten mit sich, für das Gebiet des heutigen Landes sowohl den Stand als auch die Entwicklung der Bevölkerung etwa seit Beginn des 19. Jahrhunderts anzugeben, weil seit diesem Zeitpunkt keine bedeutendere Gebietsänderung eingetreten ist und über die Teilgebiete ausreichend zuverlässige Bevölkerungsdaten vorliegen. Ein solcher Überblick zeigt,¹ daß – im Unterschied zu der noch zu skizzierenden Nachkriegsentwicklung – sowohl vor dem Ersten Weltkrieg als auch zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerungsentwicklung im Gebiet des Landes Baden-Württemberg verhältnismäßig ruhig verlaufen ist. In der gesamten Zeit ist die durchschnittliche Bevölkerungszunahme pro Jahr nie über 0,9 Prozent hinausgegangen. Der verhältnismäßig stärkste Bevölkerungszuwachs wurde in den Zeitspannen von 1816 bis 1834 sowie von 1871 bis 1880 und von 1933 bis 1939 verzeichnet. Eine Orientierung an den verschiedenen Volkszählungsergebnissen zeigt ein ähnliches Bild (siehe auch Tabelle 1).

Wenn sich nach dem Zweiten Weltkrieg ein sehr viel stürmisches Bevölkerungswachstum ergab, bedeutete dies auch einen erheblich stärkeren Einfluß auf den Wirtschaftsprozess und die gesamte Entwicklung des Landes überhaupt. Die zu verzeichnende Steigerung der Leistungskraft in den Jahren des Wiederaufbaus des Landes und seiner Wirtschaft muß auch im Zusammenhang dieser noch näher zu umreißen demographischen Entwicklung gesehen werden. Hier verdient freilich zunächst noch ein Blick auf die beiden Grundkomponenten der Bevölkerungsbewegung – (1) sog. natürliche Bevölkerungsbewegung durch Geburten- und Sterblichkeitsentwicklung und (2) Wanderungsbewegung – Beachtung. Die Bevölkerungszunahme in den Jahren von 1816 bis 1939 ist durchweg durch einen Geburtenüberschuß getragen. Im Bereich der Wanderungsbewegungen ist dagegen – mit Ausnahme der Zeit von 1933 bis 1939 – durchweg ein deutlicher negativer Wanderungssaldo festzustellen als Ausdruck für einen anhaltenden Abwanderungsüberschuß, der in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts bis zur Reichsgründung immerhin fast zwei Dritteln des Geburtenüberschusses entsprach. Diese negativen Wanderungssalden markieren wiederum eine konträre Entwicklung gegenüber den drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen nämlich in der deutschen Bevölkerung stets und in der Gesamtbevölkerung (einschl. Ausländer) nur mit Ausnahme der wirtschaftlichen Krisenzeit um 1967 bzw. um die Mitte der 70er Jahre ein positiver Wanderungssaldo zu beobachten war.

Auch hier zeigt sich, wie sehr gerade die Wanderungsbewegungen von wirtschaftlichen Faktoren mitbestimmt werden. Wer dazu weitere Belege sucht, mag sie etwa auch in den mit wirtschaftlichen Entwicklungen mehr oder minder deutlich konvergierenden Wanderungsbewegungen in den früheren Ländern Württemberg und Baden suchen, so z. B. in der starken

Tabelle 1: Die langfristige Bevölkerungsentwicklung im Bundesgebiet¹ und in Baden-Württemberg seit 1822

Jahr	Bevölkerungsstand			Durchschnittliche Zunahme/Abnahme pro Jahr gegenüber Stand vorher				Bevölkerungsdichte	
	Bundes- gebiet ²	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	Bundes- gebiet	Baden- Württemberg	
	1000		1939 = 1000		1000		auf 1000 Einwohner		Einwohner je qkm
1822	14 580	2 580	339	471	133	23	8,7	8,5	59 72
1834	16 170	2 853	376	521	114	17	6,6	5,7	65 80
1852	18 230	3 161	424	577	115	9	6,0	2,8	73 88
1871	20 410	3 339	475	609	268	29	12,4	8,4	82 93
1880	22 820	3 601	531	657	351	24	13,3	6,2	92 101
1900	29 838	4 086	694	746	575	54	17,6	12,4	120 114
1910	35 590	4 630	828	845	228	22	6,1	4,6	143 130
1925	39 017	4 965	907	906	285	37	6,9	7,1	157 139
1939	43 008	5 480	1 000	1 000	455	25	10,2	4,5	173 153
1946	46 190	5 658	1 074	1 032	1 155	191	23,8	31,6	186 158
1950	50 809	6 422	1 181	1 172	25	110	0,5	16,8	204 180
1952	50 859	6 641	1 183	1 212	537	113	10,3	16,5	205 186
1956	53 008	7 092	1 233	1 294	635	133	11,6	17,9	213 198
1961	56 185	7 759	1 306	1 416	609	150	10,6	18,6	226 217
1965	58 619	8 360	1 363	1 526	406	107	6,8	12,4	236 234
1970	60 651	8 895	1 410	1 623	351	86	5,7	9,5	244 250
1974	62 054	9 238	1 443	1 686	— 225	— 44	— 3,6	— 4,8	250 258
1975	61 829	9 194	1 438	1 678	— 298	— 59	— 4,8	— 6,4	249 256
1976	61 531	9 135	1 431	1 667	— 131	— 14	— 2,1	— 1,5	247 255
1977	61 400	9 121	1 428	1 664	— 73	9	— 1,2	1,0	247 255
1978	61 327	9 130	1 426	1 666	32	30	0,5	3,3	247 256
1979	61 359	9 160	1 427	1 672	207	73	3,4	7,9	247 257
1980	61 566	9 233	1 432	1 685	116	42	1,9	4,5	248 259
1981	61 682	9 275	1 434	1 694					248 259

¹ Einschließlich Berlin (West). — ² Quelle: Statistisches Jahrbuch 1982 für die Bundesrepublik Deutschland.

Auswanderungswelle in den Inflationsjahren nach dem Ersten Weltkrieg (allein im Jahre 1923 wanderten etwa 20 000 Menschen nach Übersee aus) oder auch in der anschließenden unterschiedlichen Entwicklung des in seiner Wirtschaftsintensität über die meisten deutschen Länder hinauswachsenden württembergischen Landesteils mit wachsenden Zuwanderungen in der Folge im Unterschied zum badischen Landesteil, der nach dem Ersten Weltkrieg zum Grenzland geworden war und in dem es bis zum Zweiten Weltkrieg zu Abwanderungen kam.

Wanderungsbewegungen in den ersten drei Jahrzehnten von Baden-Württemberg

Baden-Württemberg hat in den ersten drei Jahrzehnten seines Bestehens eine relativ starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen. In den Jahren von 1952 bis 1981 erhöhte sich die Bevölkerungszahl insgesamt von rund 6,7 Millionen auf rund 9,3 Millionen. Das entspricht einem Anstieg um 40 Prozent. Gegen Kriegsende wohnten in diesem Gebiet noch erst rund 5½ Millionen Menschen. Dieses im Bundesvergleich außergewöhnliche Bevölkerungswachstum geht überwiegend, nämlich zu drei Fünfteln, auf Wanderungsgewinne zurück. Hier ist zwischen der Zuwanderung deutscher Personen und der Ausländerzuwanderung zu unterscheiden (vgl. im einzelnen Tabelle 2).

Deutsche Binnenwanderung

Der Wanderungsgewinn geht in den 50er Jahren im wesentlichen auf deutsche Zuwanderer zurück, deren Zustrom aber auch in den folgenden Jahren kontinuierlich anhielt. Anfänglich waren vor allem Vertriebene und Flüchtlinge aufzunehmen. Aber auch in dem Jahrzehnt 1970/79 betrug der Zuwanderungsgewinn bei den Deutschen insgesamt immer noch rund 140 000 Personen (und war damit etwa ebenso groß wie der bei Ausländern).

Ausländerwanderung

Seit Anfang der 60er Jahre gewinnen neben den deutschen Zuwanderern ausländische Zuwanderer zunehmend Gewicht. Die ausländische Bevölkerung macht heute ein Zehntel der Gesamtbevölkerung aus; zum Zeitpunkt der Errichtung des Landes Baden-Württemberg lag der Ausländeranteil noch unter 1 Prozent. Sieht man von Westberlin ab, weist Baden-Württemberg heute die höchste Ausländerdichte unter den Bundesländern auf. Innerhalb der Gruppe der Ausländer liegen inzwischen die Türken weit an der Spitze, gefolgt von den Italienern und Jugoslawen, und in weitem Abstand folgen Griechen und Spanier.

Tabelle 2: Wanderungen über die Landesgrenze von Baden-Württemberg seit 1950

Jahr	Insgesamt			Deutsche			Ausländer		
	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo	Zuzüge	Fortzüge	Saldo
1950	203 022	87 367	115 655						
1951	181 496	114 981	66 515						
1952	192 978	123 216	69 762						
1953	245 810	114 357	131 453						
1954	233 243	132 774	100 469						
1955	241 761	137 614	104 147						
1956	255 230	162 168	93 062						
1957	262 540	176 233	86 307						
1958	247 654	175 552	72 102						
1959	244 520	181 031	63 489						
1960	307 201	204 142	103 059						
1961	333 659	226 459	107 200						
1962	324 288	245 739	78 549						
1963	329 156	284 234	44 922						
1964	370 885	301 196	69 689						
1965	402 576	306 572	96 004	168 851	149 683	19 168	233 725	156 889	76 836
1966	373 697	339 995	33 702	164 527	148 304	16 223	209 170	191 691	17 479
1967	274 573	311 535	- 36 962	160 419	139 932	20 487	114 154	171 603	- 57 449
1968	358 881	265 157	93 724	159 826	141 212	18 614	199 055	123 945	75 110
1969	445 621	295 274	150 347	159 929	140 233	19 696	285 692	155 041	130 651
1970	430 349	320 888	109 461	147 882	135 016	12 866	282 467	185 872	96 595
1971	394 150	323 843	70 307	147 033	130 018	17 015	247 117	193 825	53 292
1972	390 189	311 256	78 933	146 473	124 439	22 034	243 716	186 817	56 899
1973	384 032	308 765	75 267	134 679	118 411	16 268	249 353	190 354	58 999
1974	274 660	296 875	- 22 215	125 604	112 962	12 642	149 056	183 913	- 34 857
1975	203 461	278 326	- 74 865	111 944	109 959	1 985	91 517	168 367	- 76 850
1976	211 451	245 999	- 34 548	113 699	105 959	7 740	97 752	140 040	- 42 288
1977	229 704	228 981	723	120 153	105 857	14 296	109 551	123 124	- 13 573
1978	237 097	215 697	21 400	122 525	106 716	15 809	114 572	108 981	5 591
1979	258 873	207 523	51 350	122 214	103 556	18 658	136 659	103 967	32 692
1980	277 315	215 723	61 592	125 959	104 409	21 550	151 356	111 314	40 042
1981	232 880	210 600	22 280	121 277	102 201	19 076	111 603	108 399	3 204
1982	192 261	216 645	- 24 384	117 130	104 578	12 552	75 131	112 067	- 36 936

Die Wanderungsbewegungen der ausländischen Bevölkerung sind besonders stark von der konjunkturellen Entwicklung bestimmt. Dies zeigt sich z. B. darin, daß der Höhepunkt der Wanderungsgewinne bei Ausländern im Jahre 1969 lag (+ 131 000) und die Tiefpunkte in den Jahren 1967 bzw. 1975 lagen (– 57 000 bzw. – 77 000). In den letzten Jahren ist – unter dem Einfluß des Anwerbestops, der allerdings nur für Nicht-EG-Länder gilt – für die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung der Nachzug von Familienangehörigen von besonderer Bedeutung. Im Zuge dessen sind denn auch bei der Gruppe der ausländischen Bevölkerung deutliche Veränderungen in der Zusammensetzung nach Alter und Familienstand eingetreten.

Die sog. natürliche Bevölkerungsbewegung in den ersten drei Jahrzehnten von Baden-Württemberg

Während die Zuwanderungen in den vergangenen drei Jahrzehnten zu drei Fünfteln zum Bevölkerungswachstum beitrugen, war die Geburtenentwicklung durch entsprechende Geburtenüberschüsse daran mit zwei Fünfteln beteiligt. Vergegenwärtigt man sich die Entwicklungstendenzen über den Zeitablauf hinweg, so ergibt sich für die Gesamtbevölkerung (einschließlich Ausländer) im einzelnen folgendes Bild (vgl. auch Tabelle 3).

Besonders stark überwog die Zahl der Lebendgeborenen die der Sterbefälle in den Jahren von 1956 bis 1968; in diesen Jahren betrug der Geburtenüberschuß jährlich mehr als 50 000. Den Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit 161 000 Lebendgeborenen und einem Geburtenüberschuß von fast 80 000 im Jahre 1964. In den folgenden Jahren haben dann vielfältige Einflüsse einen Rückgang der Geburten bewirkt, deren Zahl 1975 erstmals die Hunderttausend-Grenze unterschritt und 1978 bei nur 90 000 lag. Dennoch war die Geburtenentwicklung insbesondere aufgrund des höheren Ausländeranteils der Bevölkerung in Baden-Württemberg etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt. Speziell in der deutschen Bevölkerung blieb die Zahl der Lebendgeborenen bereits ab dem Jahre 1973 hinter der Zahl der Sterbefälle zurück.

Die seit Mitte der 60er Jahre rückläufigen Lebendgeborenenzahlen in der deutschen Bevölkerung konnten anfänglich noch auf eine Abnahme der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter mit zurückgeführt werden, wenn auch nur zum geringeren Teil (sog. »demographischer Faktor«). In den folgenden Jahren dominierte jedoch immer mehr ein verändertes generatives Verhalten (sog. »nichtdemographischer Faktor«). Die Ursachen für diese Veränderungen in den innerhehlichen Entscheidungen für oder gegen Kinder sind in der Zwischenzeit vielfältig untersucht und erörtert worden. Ohne darauf hier im einzelnen eintreten zu können, sei lediglich folgendes festgehalten:²

Eine monokausale Erklärung ist auf jeden Fall unzulässig. Die gegenwärtige

tig relativ sehr niedrigen Fruchtbarkeitswerte innerhalb der deutschen Bevölkerung sind vielmehr offensichtlich das Ergebnis des Zusammenstreffens mehrerer Faktorengruppen, die wiederum in teils enger Beziehung zueinander stehen. So lassen sich wenigstens drei Faktorengruppen ausmachen:

Einmal sind im Verlauf der vergangenen hundert Jahre verschiedene Gründe entfallen, die dazu führten, daß Eltern eher mehr Kinder hatten als weniger.

Zum zweiten hat sich im Lauf der Jahrzehnte eine Reihe von Bedingungen herausgebildet, die es den einzelnen wünschenswert erscheinen lassen, eher wenige als viele Kinder zu haben oder sogar ganz kinderlos zu bleiben (siehe z.B. auch das Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium über die wirtschaftspolitischen Implikationen des Bevölkerungsrückgangs, Bonn 1980, Ziff. 70: »In der Vergangenheit hat sich in den einzelnen politischen Bereichen eine ungewollte Kumulation von Anreizen ergeben, auf Nachkommenschaft zu verzichten«).

Schließlich haben sich zum dritten insbesondere in jüngster Zeit sehr erweiterte Möglichkeiten entwickelt, Wünsche in Richtung einer Beschränkung der Kinderzahl auch tatsächlich verwirklichen zu können.

Eine voll befriedigende Erklärung des veränderten generativen Verhaltens erscheint bisher noch nicht möglich. Es mag sogar zweifelhaft sein, ob eine solche voll befriedigende Erklärung je gelingen wird. Vor allem fehlt bisher dazu eine geschlossene, auch individual- und sozialpsychologisch fundierte Theorie generativen Verhaltens, die die eingetretenen Veränderungen überzeugend zu erklären vermöchte. Eine besondere Problematik des heutigen Wissensstandes liegt darin, daß man für die gegenwärtig bekannten (und vermutlich noch keineswegs vollständig erfaßten) Bestimmungsfaktoren der niedrigen Fruchtbarkeitswerte nicht genau zu bestimmen vermag, mit welchem Gewicht sie bei welchen Menschen wirken und wie sie miteinander verbunden sind. Weiterführend dürfte hier die z. B. von K. M. Bolte vorgeschlagene Unterscheidung zwischen verschiedenen »Typen generativer Entscheidung« sein, die sich ihrerseits wiederum je nach Veränderungen in den grundlegenden Lebensleitvorstellungen wie auch in den Lebensumständen im Zeitablauf in ihrem Gewicht in einer Gesamtpopulation verschieben können.

Nun hat zwar im Jahr 1980 die Zahl der Geburten wieder deutlich zugenommen (+ 7,9 Prozent). Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg haben dazu ergeben, daß diese Zunahme überwiegend nicht auf demographische Faktoren (wie also Altersstruktureffekte oder veränderte Heiratshäufigkeit), sondern überwiegend – nämlich mit einem Gewicht von $\frac{1}{3}$ bis $\frac{2}{3}$ – auf verändertes generatives Verhalten zurückzuführen ist. Es erscheint jedoch verfrüht, darin eine dauerhafte Trendwende zu sehen. Dagegen spricht auch, daß im Jahre 1981 die Geburtenzunahme bereits wieder auf knapp 1 Prozent zurückgegangen

Tabelle 3: Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg seit 1945

Jahr	Gesamtbevölkerung				Deutsche				Ausländer			
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit (-)		Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit (-)		Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit	
1945	72 400	83 227	- 10 827									
1946	92 548	70 722	21 826									
1947	99 062	69 834	29 228									
1948	103 228	67 340	35 888									
1949	107 191	66 907	40 284									
1950	107 222	67 353	39 869									
1951	106 297	69 948	36 349									
1952	108 921	69 332	39 589									
1953	110 634	75 631	35 003									
1954	114 566	70 108	44 458									
1955	118 015	73 643	44 372		116 798	73 223	43 575		1217	420	797	
1956	125 941	75 784	50 157		124 703	75 343	49 360		1238	441	797	
1957	130 302	79 417	50 885		129 059	78 974	50 085		1243	443	800	
1958	133 806	74 826	58 980		132 470	74 395	58 075		1336	431	905	
1959	140 842	76 640	64 202		139 274	76 177	63 097		1568	463	1105	
1960	145 353	82 251	63 102		143 384	81 752	61 632		1969	499	1470	
1961	152 487	79 197	73 290		149 550	78 610	70 940		2937	587	2350	
1962	154 047	80 640	73 407		149 685	79 954	69 731		4362	686	3676	
1963	158 750	85 975	72 775		152 870	85 160	67 710		5880	815	5065	
1964	160 988	81 615	79 373		153 489	80 766	72 723		7499	849	6650	

Jahr	Gesamtbevölkerung			Deutsche			Ausländer		
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit (-)	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit (-)	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit
1965	158 742	85 941	72 801	149 455	84 970	64 485	9 287	971	8 316
1966	160 802	86 600	74 202	149 428	85 494	63 934	11 374	1 106	10 268
1967	155 617	87 276	68 341	143 597	86 165	57 432	12 020	1 111	10 909
1968	147 961	93 263	54 698	136 370	92 105	44 265	11 591	1 158	10 433
1969	140 087	94 628	45 459	126 798	93 225	33 573	13 289	1 403	11 886
1970	128 212	92 628	35 584	111 897	90 950	20 947	16 315	1 678	14 637
1971	123 871	92 671	31 200	104 159	90 889	13 270	19 712	1 782	17 930
1972	112 845	92 740	20 105	91 493	90 920	573	21 352	1 820	19 532
1973	102 875	92 918	9 957	80 086	91 109	-11 023	22 789	1 809	20 980
1974	102 206	93 127	9 079	77 702	91 360	-13 658	24 504	1 767	22 737
1975	97 019	95 646	1 373	75 819	93 912	-18 093	21 200	1 734	19 466
1976	95 492	94 426	1 066	76 653	92 945	-16 292	18 839	1 481	17 358
1977	90 981	90 517	464	74 236	89 018	-14 782	16 745	1 499	15 246
1978	80 024	93 087	- 4 063	73 805	92 576	-18 681	16 029	1 411	14 618
1979	92 425	91 513	912	76 318	90 027	-13 709	16 107	1 486	14 621
1980	99 721	92 418	7 303	82 367	90 907	- 8 540	17 354	1 511	15 843
1981	100 673	93 979	6 694	83 562	92 469	- 8 907	17 111	1 510	15 601
1982	100 268	93 197	7 071	84 873	91 635	- 6 762	15 395	1 562	13 833

und 1982 sogar wieder eine geringfügige Abnahme gegenüber dem Vorjahr eingetreten ist.

Exkurs: Entwicklung der Eheschließungen

Der für die demographische Entwicklung eines Landes nicht unwichtige Faktor der Eheschließungen sei hier nur kurz angesprochen: Spätestens ab Mitte der 60er Jahre ist ein fast kontinuierlicher Rückgang der Zahl der Eheschließungen zu beobachten. Er läßt sich – ebenso wie der Geburtenrückgang – keineswegs nur aus Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung erklären, sondern muß darüber hinaus auf ein verändertes Lebensverständnis der Angehörigen nachwachsender Altersjahrgänge zurückgeführt werden. Anfang der 60er Jahre wurden jährlich noch mehr als 70 000 Ehen geschlossen, ihre Zahl ist inzwischen auf rund 52 500, also um über 27 Prozent, abgesunken. Demgegenüber hat sich die Zahl der Ehescheidungen, absolut gesehen und auch je 10 000 Einwohner, seit den 60er Jahren mehr als verdoppelt. Nach 1976 gab es zwar vorübergehend weniger gerichtliche Eheauflösungen. Dies dürfte jedoch im wesentlichen auf die Änderung des Scheidungsrechts zurückzuführen sein; inzwischen ist ein Wiederanstieg der Ehescheidungen deutlich zu erkennen.

Ein zahlenmäßiger Rückgang der Eheschließungen kann – vorübergehend – auch auf ein zeitliches Hinausschieben des Zeitpunktes der Eheschließung im Lebensablauf der einzelnen Partner zurückzuführen sein. Tatsächlich beobachten wir in den allerletzten Jahren wieder einen leichten Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters. Mit dieser zeitlichen Verlagerung allein läßt sich jedoch das Ausmaß des Rückgangs der Eheschließungen nicht erklären.

Grundsätzlicher Verzicht auf Eheschließung und vor allem auch auf ein zeitliches Hinausschieben des Zeitpunktes der Eheschließung muß nicht bedeuten, daß junge Erwachsene verschiedenen Geschlechts auf Zusammenleben verzichten. Das Problem der sog. nichtehelichen Lebensgemeinschaften hat inzwischen ein auch gesellschaftspolitisch relevantes Ausmaß längst überschritten. Für die Bundesrepublik Deutschland fehlen bisher ausreichende Daten aus der amtlichen Statistik über Verbreitung und Entwicklungstendenzen derartiger neuer Formen des Zusammenlebens. Aufgrund einiger Einzeluntersuchungen auf Bundesebene sowie gewisser Anhaltspunkte, die sich aus Mikrozensusdaten auch für Baden-Württemberg gewinnen lassen, könnte die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften in Baden-Württemberg in einer Größenordnung von etwa 40 000 bis 50 000 angenommen werden.

Eckdaten zur gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur

Die aufgezeigten Entwicklungslinien haben in der baden-württembergischen Bevölkerung zu bemerkenswerten Veränderungen der Altersstruktur geführt, die neben dem Prozeß der Bevölkerungsentwicklung für die

wirtschaftliche Entwicklung und für Arbeitsmarktprobleme, für Probleme der Altersversorgung und des Bildungswesens kaum von geringerer Bedeutung ist. Neben der Geburtenentwicklung sowie den Ergebnissen der Wanderungsbewegungen spielt hier nicht zuletzt auch die bisher noch nicht angesprochene Veränderung der Lebenserwartung eine Rolle. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Neugeborenen ist von Beginn des Jahrhunderts bis zur Gegenwart bei den Männern von 45,2 auf rund 70 Jahre und bei den Frauen von 48,1 auf rund 76 Jahre angestiegen. Der Medianwert liegt noch deutlich höher; nach den jüngsten Berechnungen (mit einer neuen Sterbetafel)³ erreicht die »wahrscheinliche Lebensdauer« besonders bei der weiblichen Bevölkerung ein bisher unbekanntes Niveau: Jedes zweite neugeborene Mädchen in Baden-Württemberg hat inzwischen die Chance, wenigstens 80 Jahre alt zu werden. Gegenwärtig sind in der deutschen Bevölkerung noch knapp 18 Prozent unter 15 Jahre alt, knapp 16 Prozent sind 65 Jahre und älter; rund 67 Prozent, also $\frac{2}{3}$, sind zwischen 15 und 65 Jahre alt. (Deutlich anders sieht dabei freilich die Altersstruktur der ausländischen Bevölkerung aus: Hier sind über 27 Prozent unter 15 Jahre alt, aber nur 1,9 Prozent 65 Jahre alten und älter). In der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der unter 15jährigen von 23,1 Prozent Ende 1952 mit gewissen Schwankungen auf 18,6 Prozent Ende 1981 zurückgegangen. Dagegen hat sich der Anteil der 65 Jahre und älteren Personen in dem genannten Zeitraum von 9,6 auf 14,3 Prozent erhöht (siehe dazu Abb. 1).

Von den 1981 in Baden-Württemberg insgesamt lebenden knapp 9,3 Millionen Personen sind rund 4,5 Millionen männlichen und rund 4,8 weiblichen Geschlechts, über deren Familienstand ebenfalls ein zusammenfassendes *Schaubild* informiert. (siehe dazu Abb. 2). Was die Religionszugehörigkeit angeht, so überwiegt der katholische Bevölkerungsteil mit 4,2 Millionen leicht den evangelischen (4,1 Millionen). Die Zahl der Haushalte liegt bei 3,6 Millionen; davon ist fast jeder dritte ein Ein-Personen-Haushalt.

Von besonderem wirtschaftspolitischem Interesse ist dabei noch der Aspekt der Erwerbstätigkeit. Gegenwärtig liegt die Zahl der Erwerbstätigen bei 4,3 Millionen. Darunter ist noch etwa jeder zwanzigste in der Land- und Forstwirtschaft tätig; deren prozentualer Beitrag zum BIP je Einwohner liegt bei knapp 2 Prozent. Der prozentuale Beitrag des Dienstleistungssektors liegt dagegen bei 20 Prozent. Die Zahl der Angestellten ist mit über 1,5 Millionen vier- bis fünfmal so groß wie die der Selbständigen (352 000).

Diese wenigen demographischen Eckdaten lassen damit in Ansätzen ein Szenario Baden-Württemberg 1982 erkennen, das sich deutlich von einem solchen für 1952 unterscheidet: seinerzeit leben im Lande 6,7 Millionen in insgesamt 2,1 Millionen Haushalten, wovon nur jeder fünfte Haushalt ein Ein-Personen-Haushalt ist. Noch fast jeder vierte Einwohner ist unter 15 Jahre alt. Der Anteil der Ausländer liegt unter 1 Prozent

der Bevölkerung, und der evangelische Bevölkerungsteil überwiegt mit 3,2 Millionen leicht den der katholischen Bevölkerung (3,0 Millionen). Soweit diese Personen erwerbstätig sind (3,1 Millionen), ist noch jeder dritte bis vierte in der Land- und Forstwirtschaft tätig, deren prozentualer

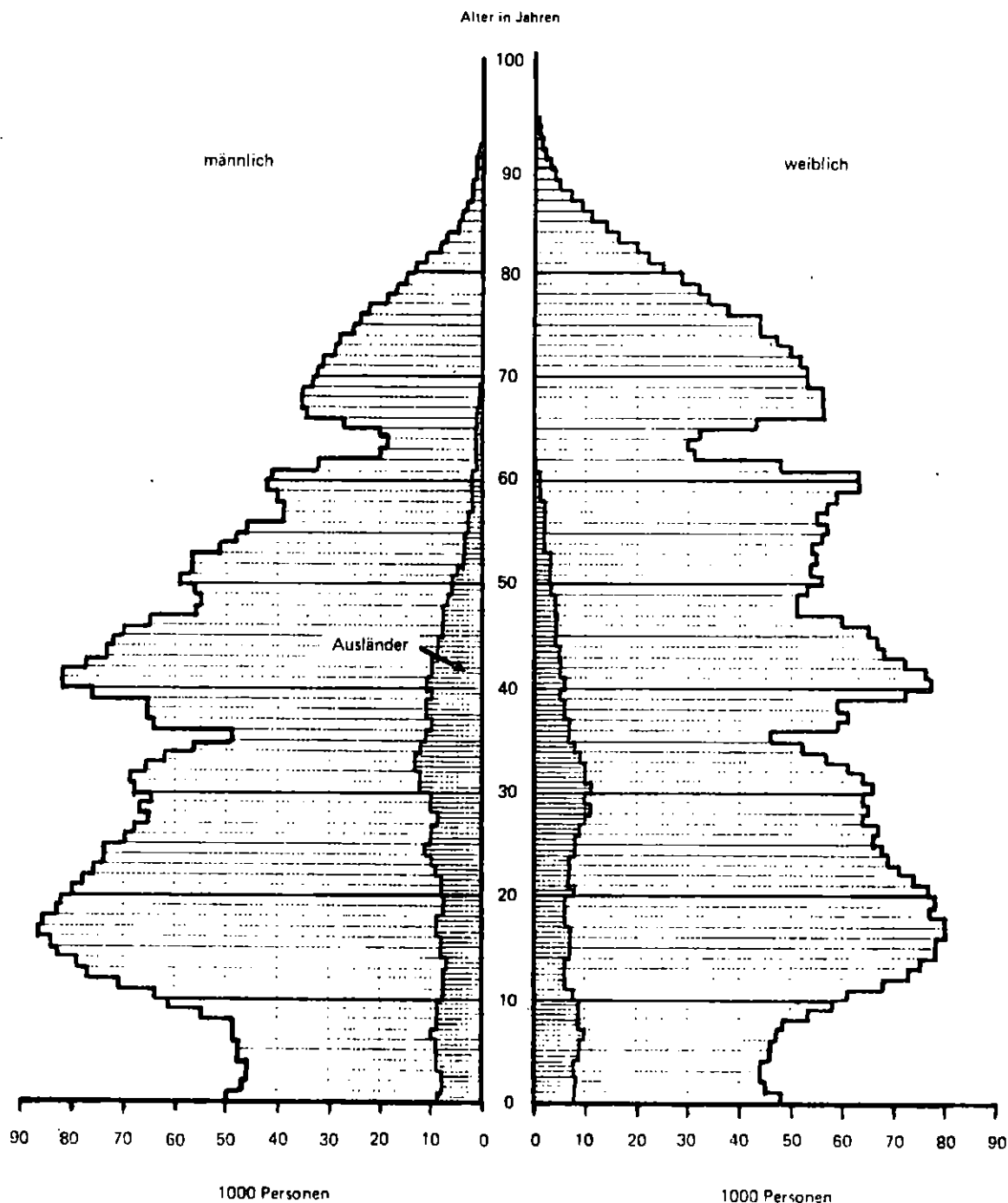


Abbildung 1: Altersaufbau und Geschlecht der gesamten und der ausländischen Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg am 1. 1. 1981
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

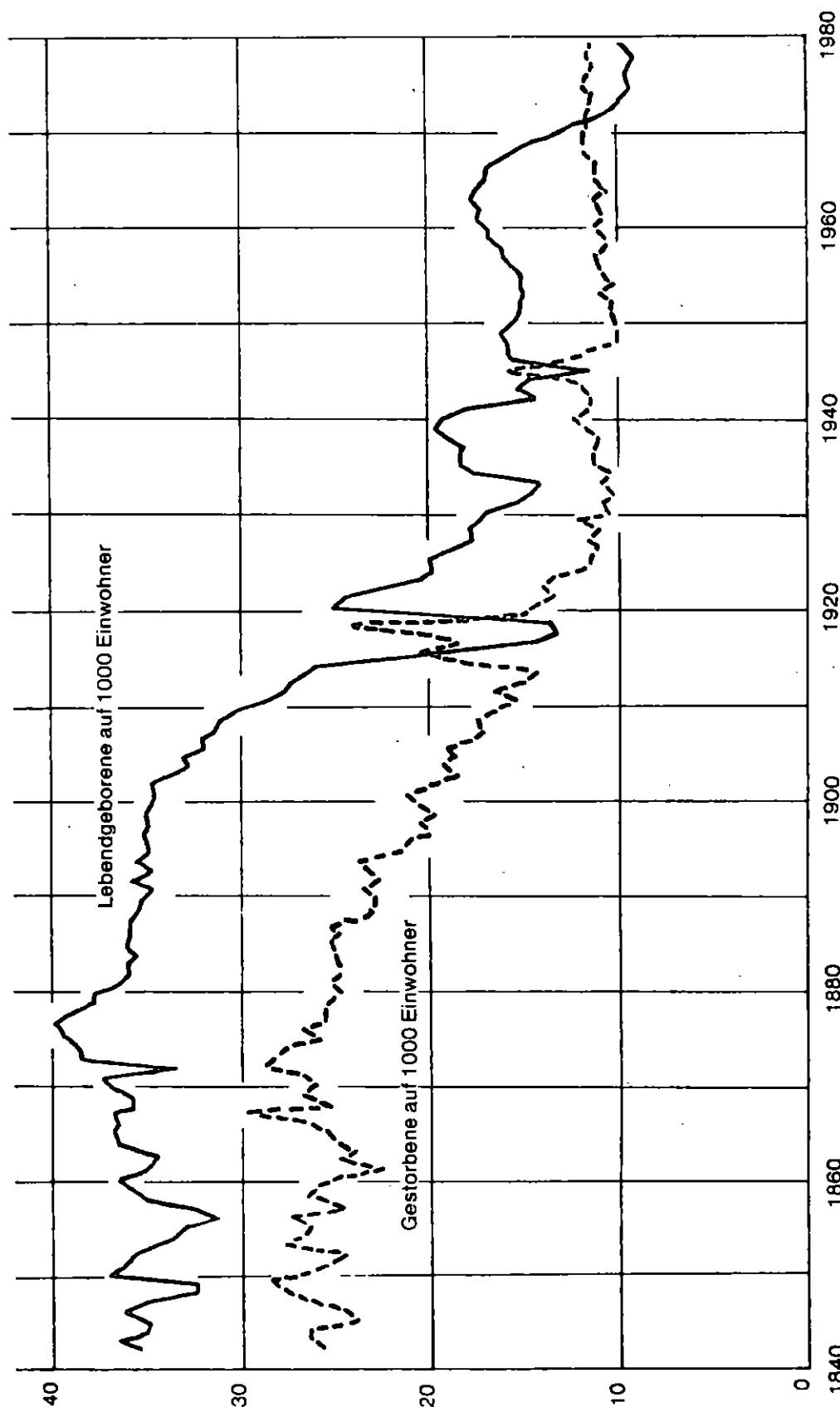


Abbildung 2: Natürliche Bevölkerungsbewegung seit 1840 im Deutschen Reich/Bundesrepublik Deutschland

Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt über 9 Prozent beträgt, während der der Dienstleistungen noch erst bei 10 Prozent liegt. Die Zahl der Selbständigen ist seinerzeit mit 538 000 noch größer als die Zahl der Angestellten (465 000). Nur am Rande sei erwähnt, daß die Wirtschaft in diesem Szenario Baden-Württemberg 1952 eine Exportquote von 6,4 Prozent aufweist gegenüber heute von über 28 Prozent.

Perspektiven zur künftigen Bevölkerungsentwicklung

Voraussichtliche Entwicklung der deutschen Bevölkerung

Schon aufgrund der bisherigen demographischen Entwicklungstendenzen, wie sie sich u.a. in der skizzierten Altersstruktur der Bevölkerung niedergeschlagen haben, muß davon ausgegangen werden, daß die künftige Bevölkerungsentwicklung weitere wichtige Veränderungen mit sich bringen wird. Sie erfordern die Aufmerksamkeit des Wirtschaftspolitikers ebenso wie die des Sozial- oder Bildungspolitikers.

Für das Land Baden-Württemberg hat das Statistische Landesamt auf der Basis des Jahresbeginns 1980 Modellrechnungen durchgeführt, die eine Vorstellung über die Bevölkerungsentwicklung unter bestimmten, aus der gegenwärtigen Situation abgeleiteten Annahmen hinsichtlich der Geburtenhäufigkeit, der Sterblichkeit und des Wanderungsverhaltens vermitteln.⁴ Es sollte eigentlich keines besonderen Hinweises bedürfen, daß es sich dabei nicht um Bevölkerungsprognosen im Sinne von »Vorhersagen« der künftigen Entwicklung handelt, sondern – je mehr in die Zukunft hineinreichend, um so eindeutiger – um Modellrechnungen, deren Ergebnisse nur in dem Maße die Wirklichkeit zutreffend wiedergeben, wie die zugrundeliegenden Prämissen mit der Realität auch in den kommenden Jahren übereinstimmen. Genau dort aber liegt bekanntlich das Problem. Dennoch sind derartige Modellrechnungen keineswegs überflüssig; sie sind sogar unentbehrlich für die rechtzeitige Abschätzung der politischen Tragweite von sich abzeichnenden Veränderungen und für Planungen und vorbeugende Reaktionen im Rahmen der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik.

Nach einer Variante der angesprochenen Modellrechnung, nämlich derjenigen mit der Annahme eines Wanderungssaldos in der Gesamtbevölkerung von ± 0 Personen, ergibt sich für die *deutsche* Bevölkerung in den kommenden Jahren eine anhaltende, zunächst leichte, etwa ab der Jahrhundertwende sich verstärkende Abnahme. Bis zum Jahr 2015 (dies ist der Endpunkt dieser Modellrechnung) ergäbe sich danach ein Rückgang bis auf 7,1 Millionen (= – 14 Prozent gegenüber 1980).

Zur Entwicklung der ausländischen Bevölkerung

Besonders schwierig dürfte die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung einzuschätzen sein. Dies gilt einmal schon im Hinblick auf die bereits hier lebenden Ausländer. Sie drängen verstärkt auf Familiengründung bzw. Familienzusammenführung; in ihrer bisher noch relativ hohen ehelichen Fruchtbarkeit passen sie sich – national unterschiedlich – tendenziell an das Aufenthaltsland an. Ihre tatsächlichen Rückkehrabsichten in Verbindung mit bisheriger Verweildauer sind noch wenig untersucht. Für Baden-Württemberg liegen hierzu inzwischen die Ergebnisse einer Zusatzerhebung zum amtlichen Mikrozensus (vom Mai 1981) vor.⁵ Danach lassen sich u. a. folgende Ergebnisse über ausländische Haushaltsvorstände, ihre Integration in die deutsche Gesellschaft wie auch zur Frage der Familienzusammenführung und der Rückkehrabsichten festhalten:

- (1) Die Haushaltsgröße bei den Ausländern ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Dabei kommen zwei von drei ausländischen Haushaltsvorständen aus Nicht-EG-Ländern.
- (2) Die Verweildauer hat zugenommen. (Dies kommt unter anderem in dem Anstieg der Quote der Ausländer mit unbefristeter und dem Rückgang des Anteils derer mit befristeter Arbeitserlaubnis zum Ausdruck.) Fast 60 Prozent der Haushaltsvorstände sind mindestens 10 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland, weitere 27 Prozent sechs bis unter zehn Jahre. Mit wachsender Verweildauer nimmt die Haushaltsgröße zu.
- (3) Die Mehrzahl der Ausländer verwendet Teile des Einkommens zur Vermögensbildung. Wo immer dies geschieht, verfügen diese Haushalte in der Mehrheit über Vermögenspositionen in der Bundesrepublik Deutschland (67 Prozent), in erheblichem Umfang aber auch im Heimatland (51 Prozent) (Mehrfachnennung möglich!). Relativ häufig ist dabei jedoch ein Immobilienbesitz im Heimatland; dieser muß allerdings nicht aus dem Einkommen in Deutschland gebildet worden sein. In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, daß immerhin mehr als ein Fünftel der Ausländer einen Bausparvertrag in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hatte.
- (4) Kontakte zu deutschen Familien und Mitgliedschaft in deutschen Vereinen haben sich signifikant erhöht. Daneben gilt es aber auch zu sehen, daß inzwischen die Mehrheit der ausländischen Haushaltsvorstände in der Bundesrepublik Deutschland Verwandte (mit eigener Haushaltsführung) hat. Hier stellt sich z. B. die aus der Untersuchung nicht näher zu beantwortende Frage, inwieweit dieses im Entstehen befindliche eigene soziale Umfeld sich als Gegengewicht zur »Integration« auswirkt.
- (5) Rund 30 Prozent der verheirateten Haushaltsvorstände haben noch Familienangehörige im Heimatland (von den 1-Personen-Haushalten ist es jeder zweite). Was Nachzugsabsichten angeht, so planen von den Verheirateten, deren Ehegatte noch im Heimatland lebt, 14 Prozent (also

rund ein Siebtel) den Nachzug des Ehegatten. Von den Verheirateten, die noch *Kinder* im Heimatland haben, planen 21 Prozent den Nachzug der Kinder. Damit ergäbe sich ein Nachzugspotential in der Größenordnung von etwa 55 000 Personen (eher Untergrenze), was ungefähr 6 Prozent der heute in Baden-Württemberg lebenden Ausländer entspräche.

(6) Für den Verbleib in Deutschland sind offensichtlich überwiegend wirtschaftliche Gründe maßgebend.

(7) Nur 4 Prozent der Haushaltsvorstände wollen 1981 bis 1984 die Rückkehr in das Heimatland betreiben; damit hat die Rückkehrabsicht gegenüber den siebziger Jahren abgenommen. Dagegen hatten rund 40 Prozent überhaupt nicht an Rückkehr gedacht. Weitere knapp 49 Prozent hatten zum Erhebungszeitpunkt zwar grundsätzlich eine Rückkehrabsicht, aber keinerlei Vorstellung über den Zeitpunkt.

(8) Bei denen, die die Rückkehr wollen, ist relativ häufiger Wohneigentum im Heimatland vorhanden. Hier stellt sich z.B. die Frage, ob dies nicht als Ansatzpunkt für eine gezielte, den Interessen der Ausländer entgegenkommende und damit zugleich wirksame Rückkehrförderung gegeben sein könnte, die in der jüngeren ausländerpolitischen Diskussion zunehmend in den Vordergrund gerückt ist.

Die Unsicherheit in der Abschätzung zukünftiger Entwicklungen der ausländischen Bevölkerung gilt erst recht gegenüber weiteren Zuwanderungen, die innerhalb der EG grundsätzlich möglich, von außerhalb der EG seit Jahren durch einen Anwerbestop entscheidend beschränkt sind. Es gibt gegenwärtig in der offiziellen sozial- und bevölkerungspolitischen Diskussion kaum einen umstritteneren Punkt als – wenn auch nur theoretische – »Annahmen« über Wanderungssalden der ausländischen Bevölkerung in den nächsten Jahren. Selbst Annahmen über Änderungen im Geburtenverhalten in der einheimischen Bevölkerung lassen sich weitaus emotionsfreier diskutieren und in Modellrechnungen einbringen als Annahmen zur Ausländerzu- bzw. -abwanderung, vor allem wenn sie für weitere Zeiträume gemacht werden sollen. Hier wirkt sich sicherlich nicht zuletzt aus, daß in der Bundesrepublik Deutschland nach wie vor ein längst überfälliges überzeugendes Konzept der Ausländerpolitik erst in Ansätzen erkennbar ist.

Die für die deutsche Bevölkerung bereits herangezogene Modellrechnung weist für die ausländische Bevölkerung in den nächsten Jahren einen ständigen Anstieg aus, von knapp 900 000 im Jahre 1980 auf rund 1,4 Millionen im Jahre 2015. Dies entspräche einem Anstieg um über 62 Prozent. Machen die Ausländer 1980 noch knapp 10 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, so wären es im Jahre 2015 16,6 Prozent. In den Jahrgängen der Kinder und Jugendlichen liegt dieser Prozentsatz naturgemäß noch deutlich höher; so ergäbe sich für die Altersgruppe der bis zu 15jährigen ein Anteil an der Gesamtbevölkerung dieses Alters von 25 Prozent. Hier muß freilich offenbleiben, inwieweit es sich bei diesem Bevölkerungsanteil dann tatsächlich um »Ausländer« handeln wird. Da-

her wäre es wohl genauer, hier von Personen zu sprechen, die eine ausländische Staatsangehörigkeit haben »oder von Ausländern abstammen«.

Modellrechnungen für die Gesamtbevölkerung und ihre Zusammensetzung nach deutscher und ausländischer Bevölkerung

Faßt man die Ergebnisse der hier herangezogenen Modellrechnungen für die Gesamtbevölkerung zusammen, so würde die Wohnbevölkerung auch dann, wenn kein Zuwanderungsüberschuß zu erwarten ist, bis zur ersten Hälfte der 90er Jahre noch sehr leicht (um 0,7 Prozent) ansteigen (von 9,2 Millionen Anfang 1980 auf 9,25 Millionen in den Jahren 1990/95). Anschließend würde die Gesamtbevölkerung bis 2015 in zunehmendem Maße auf 8,56 Millionen (das sind 93 Prozent des heutigen Bestandes) zurückgehen. Im einzelnen kann dazu auf die tabellarische Übersicht (siehe Tabelle 4) verwiesen werden. Variiert man in den Modellrechnun-

Tabelle 4: Modellrechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung

Jahr	Jährlicher Wanderungssaldo			aktualisiertes Modell 2: + 15 000 Personen ¹	Modell 3: – 15 000 Personen
	Modell 1: ± 0 Personen				
	Deutsche	Ausländer	zusammen		
1 000 Personen					
1980	8 317	873	9 190	9 190	9 190
1985	8 271	952	9 223	9 345	9 147
1990	8 219	1 032	9 251	9 480	9 094
1995	8 137	1 112	9 249	9 585	9 008
2000	7 974	1 194	9 168	9 588	8 841
2005	7 729	1 274	9 003	9 504	8 589
2010	7 441	1 349	8 790	9 369	8 289
2015	7 141	1 418	8 559	9 202	7 973

¹ Auf Basis 1. 1. 1982; pos. Wanderungssaldo nur für deutsche Bevölkerung.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

gen die Annahmen über den Wanderungssaldo, so ergeben sich längerfristig einige Abweichungen von der aufgezeigten Perspektive, ohne allerdings die in allen Varianten gleichermaßen auftretende Tendenz (Bevölkerungsabnahme) grundlegend zu ändern. Die neueste Variante (Modell 2) enthält die Annahme eines ab 1983 jährlichen Wanderungsgewinns für die deutsche Bevölkerung von 15 000 Personen bei gleichzeitig ausgeglichener Wanderungsbilanz der Ausländer. Für 1982 wird ein positiver Wanderungssaldo von 1 500 Personen insgesamt angenommen. Dabei orientiert

sich dieser Wanderungsansatz des Modells 2 an der Entwicklung der Wanderungen in den vergangenen zehn Jahren. Im übrigen wurde diese Variante mit aktualisierten Annahmen zur Sterbe- und Geburtenhäufigkeit und mit der Basisbevölkerung vom 1. 1. 1982 durchgerechnet. Nach diesem Modell 2, das der tatsächlichen Entwicklung vielleicht noch näher kommen könnte als andere Varianten, würde der anfängliche Bevölkerungsanstieg entsprechend stärker und der dann folgende Rückgang entsprechend abgeschwächter ausfallen (nämlich Anstieg der Gesamtbevölkerung bis zur Jahrhundertwende um rund 4 Prozent, anschließend Rückgang bis zum Jahre 2015 auf etwa den Bestand von 1980).

Geht man dagegen von einem jährlichen Wanderungsverlust von insgesamt 15000 Personen (Modell 3) bei sonst gleichen Annahmen wie im Grundmodell 1 aus, käme es überhaupt nicht zu einem weiteren Anstieg der Gesamtbevölkerung, sondern diese würde im Berechnungszeitraum laufend weiter abnehmen bis auf rund 87 Prozent des Standes von 1980. Allerdings dürfte das Modell 3 kaum als realistisch anzusehen sein.

Wichtig erscheint noch der Hinweis, daß in allen drei Modellen für die Bevölkerungsabnahme insbesondere die Entwicklung der *deutschen* Bevölkerung bestimmend ist. Im (Grund-)Modell 1 stünde dem Rückgang der Zahl der deutschen Bevölkerung um insgesamt 14 Prozent eine Zunahme der ausländischen Bevölkerung um 62 Prozent gegenüber. Selbst bei den im Modell 2 angenommenen Wanderungsgewinnen würde die deutsche Bevölkerung langfristig noch um rund 4 Prozent gegenüber dem Basisjahr abnehmen. Da hier für die ausländische Bevölkerung ein ausgeglichener Wanderungssaldo angesetzt wird, fällt der Anstieg der Ausländerzahlen bis zum Jahre 2015 mit 36 Prozent entsprechend geringer aus als im (Grund-)Modell 1. Nach Modell 3 dagegen würden auch bei einem kontinuierlichen Abwanderungssaldo in der Gesamtbevölkerung von jährlich 15000 Personen im Jahre 2015 noch fast ebenso viele »Ausländer« in Baden-Württemberg leben wie um 1980 auch schon.

Kurz- und längerfristige Veränderungen der Altersstruktur und des Erwerbspotentials

Die unter den Prämissen, die den Modellrechnungen zugrunde liegen, insbesondere also auch einem gegenüber heute im wesentlichen unveränderten generativen Verhalten, abgeleiteten Entwicklungen der Wohnbevölkerung und ihres deutschen und ausländischen Anteils führen nun im Verlauf der nächsten Jahrzehnte zu einer deutlich veränderten Altersstruktur sowie in Verbindung damit zu einem veränderten Erwerbspotential. Für diese Veränderungen sind dabei auch die vorausgegangenen Entwicklungen, die sich bereits in »geronnenen« Strukturen niedergeschlagen haben, insofern von Bedeutung, als bereits eingetretene »Verwerfungen« im Bevölkerungsaufbau bzw. in der Struktur der Erwerbsbe-

völkerung sich weit in die Zukunft hinein auswirken und z.B. zu bestimmten Schüler- und Studentenbergen bzw. -tälern, Erwerbspersonenmassierungen bzw. -engpässen sowie Rentnerbergen bzw. -tälern führen. Die Langzeitwirkung demographischer Prozesse führt so im Falle besonders starker Geburtenrückgänge während einiger Jahre noch über ein bis zwei Generationen hinweg aus rein demographischen Gründen, also ohne erneute Veränderungen im generativen Verhalten der nunmehr erwachsenen Generationen, zu zwar abgeschwächten, aber immer noch mehr oder minder deutlichen Schwankungen in der Stärke der nachfolgenden Geburtenkohorten (sog. Eilert-Sundtsches Gesetz).

Mit welchen konkreten Veränderungen in der Altersstruktur müßte hier nun unter den getroffenen Annahmen der vorgestellten Modellrechnungen gerechnet werden? Ein erstes Ergebnis besteht darin, daß, während der Bestand der Bevölkerung im Grundmodell 1 bis zum Ende des Berechnungszeitraums um 7 Prozent abnimmt, in den verschiedenen Altersgruppen zum Teil durchaus gegenläufige Entwicklungen eintreten. So würde einmal die Zahl der 65 Jahre alten und älteren Personen um über 20 Prozent auf rund 1,5 Millionen zunehmen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung würde sich damit von 14 auf 21 Prozent erhöhen (mit einer besonders starken Zunahme wäre übrigens für die Gruppe der 75jährigen und älteren zu rechnen!). Diese altersgruppenspezifische Entwicklung entspricht auch derjenigen, die nach dem aktualisierten Modell 2 zu erwarten ist.

Von besonderem familien- und bildungspolitischen Interesse ist andererseits die Bevölkerungsgruppe der Kinder und Jugendlichen. In unserer *Grundmodellrechnung* wird die Zahl der Kleinkinder unter 3 Jahren zunächst noch bis etwa 1990 zunehmen, dann jedoch bis zum Ende des Berechnungszeitraums (auf 239 000) deutlich zurückgehen. Die Zahl der Kinder im Kindergartenalter wird zunächst bis zur Mitte der 90er Jahre ansteigen und erst dann bis zum Ende des Berechnungszeitraums auf den heutigen Stand absinken. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter nimmt von heute 450 000 bis zur Mitte der 80er Jahre zunächst auf 359 000 ab, um dann bis etwa zum Jahr 2000 wieder auf 428 000 anzusteigen und anschließend wieder bis zum Jahr 2015 auf 301 000 abzusinken. Im Hauptschulalter ist wiederum zunächst ein Rückgang bis etwa zum Jahre 1990 zu erwarten, anschließend steigt ihre Zahl bis zum Jahre 2000 an (bis auf 535 000), um in den folgenden Jahren wieder bis auf etwa 400 000 abzusinken (siehe dazu Tab. 5). Auch nach den neuesten Berechnungen (Modell 2) ist mit gleichgerichteten Entwicklungstendenzen dieser Altersgruppen zu rechnen, wobei jedoch im Vergleich zu Modell 1 aufgrund der Wanderungsannahmen die jeweiligen Zunahmen etwas stärker und die Abnahmen entsprechend geringer ausfallen.

Die angedeuteten Veränderungen in der Altersgliederung der baden-württembergischen Bevölkerung, wie sie sich aus den Modellrechnungen ergeben, hätten unmittelbar Auswirkungen auf den für die wirtschaftliche

Tabelle 5: Modellrechnung der Kinder und Jugendlichen
Modell 1, Wanderungssaldo = Null

Alter von ... bis unter ... Jahren	Gesamtbevölkerung				Ausländer				Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung			
	1980 ¹	1990	2000	2015	1980 ¹	1990	2000	2015	1980 ¹	1990	2000	2015
	1 000								%			
0 – 3	272,7	331,6	278,2	239,3	49,2	55,4	61,6	63,6	18,0	16,7	22,1	25,6
3 – 6	285,1	318,4	304,6	233,4	56,9	53,9	58,6	62,6	20,0	16,9	19,2	26,8
6 – 10	449,9	393,6	427,7	300,5	66,9	62,6	67,5	76,0	14,9	15,9	15,8	25,3
10 – 15	764,1	450,1	534,9	400,2	66,6	75,8	81,7	95,1	8,7	16,9	10,7	23,9
15 – 18	487,4	307,9	310,9	279,1	38,2	59,4	54,4	62,0	7,8	19,3	17,5	22,2
18 – 20	313,9	257,1	205,1	207,6	26,5	43,2	41,5	45,8	8,4	13,8	20,2	22,0
Ins- gesamt	2 573,2	2 058,7	2 061,4	1 660,0	304,4	350,4	365,2	405,1	11,8	17,0	17,7	24,4

¹ Ist-Ergebnis am 1. 1. 1980.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg.

Entwicklung des Landes wichtigen Faktor des *Erwerbspotentials*. Legt man die genannten unterschiedlichen Wanderungsannahmen zugrunde und orientiert man sich im übrigen an gegenwärtig gegebenen Tendenzen der Erwerbsbeteiligung (Beibehaltung der geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten), so ergibt sich bis Ende der 80er Jahre eine Zunahme der Zahl der Erwerbspersonen, so daß deren Zahl um 1990 – je nach Wanderungsannahme – um 3 bis 6 Prozent über dem gegenwärtigen Stand liegt. Neben den allgemeinen Problemen der Arbeitsplatzbeschaffung für diese zusätzlichen Personen am Arbeitsmarkt gilt es dabei noch der unterschiedlichen Entwicklung bei Männern und Frauen gerecht zu werden (deutlich stärkerer prozentualer Anstieg bei den männlichen Erwerbspersonen aus demographischen Gründen). Nach 1990 wird zumindest bei der deutschen Bevölkerung mit dem allmählichen Aufrücken der schwächer besetzten Altersjahrgänge auch die Erwerbspersonenzahl zurückgehen. Ob sich freilich die im Verlauf der achtziger Jahre voraussichtlich unvermindert fortbestehenden Arbeitsmarktprobleme dann nachhaltig auflösen – dies wird in der öffentlichen Diskussion meist unterstellt –, erscheint durchaus fraglich. Eine rechtzeitige Analyse der absehbaren Tendenzen im Bereich von Bevölkerungsentwicklung einerseits und Arbeitsmarktentwicklung andererseits erscheint hier dringlich. Zeichnen sich doch in mehrfacher Hinsicht deutlich gegenläufige Tendenzen ab: Einer rückläufigen deutschen Bevölkerung steht in den nächsten Jahren eine ausländische Bevölkerung gegenüber, die allein schon aufgrund der großen Zahl junger Ehepaare noch weiter wächst. Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Nürnberger Bundesanstalt deuten sogar darauf hin, daß unter nicht unplausiblen Annahmen in einer erweiterten EG die Zahl der Ausländer zum Ende des Jahrhunderts noch deutlich größer sein dürfte als gegenwärtig

i.a. erwartet, für das gesamte Bundesgebiet nämlich u.U. 7 Millionen erreichen könnte. Modellrechnungen des Instituts lassen darüber hinaus den arbeitsmarktpolitisch höchst wichtigen Schluß zu, daß das in den neunziger Jahren abnehmende Potential an deutschen Arbeitskräften keineswegs zu einem automatischen Rückgang der Arbeitslosenquoten führen muß. Aufgrund der Entwicklung der ausländischen Bevölkerung in Verbindung mit den als realistisch einzuschätzenden, eher geringen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten muß danach vielmehr mit der Gefahr gerechnet werden, daß eine relativ hohe Arbeitslosigkeit noch bis weit in die 90er Jahre hinein bestehenbleiben könnte. Letztere würde insbesondere wiederum die minderqualifizierten Ausländergruppen treffen. Zu den sozioökonomischen Wandlungen sei abschließend noch auf für manche vielleicht etwas überraschende Veränderungen in der Zahl der privaten Haushalte hingewiesen. Sie dürfte keineswegs einfach parallel zur Bevölkerungszahl verlaufen, sondern in den nächsten Jahren wesentlich stärker ansteigen (bis zum Jahr 2000 um etwa 12 Prozent) und anschließend auch nicht so stark zurückgehen wie die Bevölkerungszahl. Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß die Haushalte tendenziell kleiner werden, und zwar im Zusammenhang sowohl mit dem Anwachsen der Zahl der (alleinstehenden) älteren Menschen als auch der vermehrten selbständigen Haushaltsgründung junger, noch unverheirateter Erwachsener. Von daher erscheint es z.B. gerechtfertigt, auf eine in den nächsten Jahren noch weiter zunehmende Nachfrage nach Wohnungen zu schließen. Hinzu kommt die zu beobachtende Immobilität gerade älterer Menschen, verbunden mit dem Wunsch nach Beibehaltung ihrer bisherigen meist größeren Wohnungen in ihrem vertrauten Lebensraum. Aus der Zunahme der Zahl der Haushalte bis zur Jahrhundertwende ist (auch ohne Ersatzbedarf) für Baden-Württemberg ein zusätzlicher Bedarf von rund 450 000 Wohnungen errechnet worden.

Verknüpfung von demographischen Modellrechnungen mit Sozialbudgetrechnungen

Abschließend sei noch kurz auf im Statistischen Landesamt entwickelte Ansätze hingewiesen, Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung mit Sozialbudgetrechnungen zu verknüpfen.⁶ Auf diese Weise läßt sich z.B. die Frage veranschaulichen, wie unser Sozial-, Bildungs- und Gesundheitssystem von möglichen zukünftigen Bevölkerungsveränderungen berührt würde. Bei Überlegungen dieser Art kann man sich jedoch nicht auf rein *demographische* Belastungsquoten beschränken, sondern muß vielmehr Größen betrachten, die finanzpolitische Relevanz aufweisen. Erforderlich ist eine Überführung von demographischen Grö-

ßen in *wirtschaftliche* Belastungsquoten; denn die demographischen Be- und Entlastungseffekte bei der alten und jungen Generation können wirtschaftlich nicht als gleichwertig angesehen werden.

Sollen nun zu diesem Zweck die Komponenten der unterschiedlichsten Leistungssysteme wie Sozialbereich im engeren Sinne, Bildungs- und Beschäftigungssektor, Gesundheitswesen, Alterssicherung, Umweltschutz und innere Sicherheit in ihrem tatsächlichen Effekt erfaßt werden, so können Sozialbudgetberechnungen weiterhelfen, die für Baden-Württemberg das Ausgabenspektrum nicht nur in funktionaler Sicht, sondern auch nach Empfängergruppen gliedern. Der Nachweis der Sozialleistungen im weitesten Sinne orientiert sich dabei an den Bevölkerungsgruppen, die auch bei der Bildung demographischer Belastungsquoten herangezogen werden. Mit Hilfe von Pro-Kopf-Werten aus den Sozialbudgetberechnungen können getrennt für den sozialen Staatsverbrauch, die sozialen Staatsinvestitionen sowie die umverteilten monetären Transferleistungen die demographischen in wirtschaftliche Belastungsquoten transformiert werden. Besondere Bedeutung erhält eine derartige Analyse dadurch, daß die unterschiedlichen Ausgabenbereiche des Staates berücksichtigt werden. So liegt der Schwerpunkt der öffentlichen Leistungen für ältere Menschen vor allem im Transfersystem, das im wesentlichen durch Sozialabgaben im Rahmen des Versicherungsprinzips von sich selbstverwaltenden Parafisci finanziert wird. Bei den Kindern und Jugendlichen liegt ein Hauptleistungsbereich dagegen im Erziehungs- und Bildungswesen, das durch Steuern aus Gemeinde-, Landes- und Bundeshaushalten finanziert wird. Schon hier wird deutlich, daß mögliche Umverteilungsprozesse zwischen den Generationen hohe Anforderungen an Flexibilität und Durchlässigkeit von Trägern und Finanzierern der unterschiedlichen Sozialbereiche im weitesten Sinne stellen.

Um die Zusammenhänge quantitativ zu verdeutlichen, wurde folgendes gedankliche Modell durchgespielt: Wie würden sich die möglichen demographischen Veränderungen von morgen unter den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten auswirken, und zwar nicht nur auf die Höhe, sondern vor allem auch auf die Verteilung der Finanzmittel im Sozialbudget? Eine näherungsweise Antwort auf diese Frage verdeutlicht die sozialpolitische Tragweite der in der heutigen demographischen Situation angelegten Entwicklungsperspektive.

Bei den Leistungen für die nicht mehr erwerbstätige Generation lassen sich dann zwei Phasen der Entwicklung unterscheiden: Der Aufwand für diese Leistungen (1979 real, d. h. in Preisen von 1970 gerechnet, in Höhe von 17,7 Milliarden DM) würde – bei konstant gehaltenen Pro-Kopf-Ausgaben von rund 14000 DM – demographisch bedingt bis zum Jahre 2000 geringer werden. Nach der Jahrhundertwende würden sie jedoch aufgrund des Rentnerbergs erheblich anwachsen. Hätten wir bereits heute den für 2035 erwarteten Rentnerberg zu verzeichnen, so müßten bei gleichem Pro-Kopf-Leistungsniveau von heute statt der 17,7 Milliarden

DM zu konstanten Preisen immerhin 22,4 Milliarden DM, also 27 Prozent mehr, allein in Baden-Württemberg aufgebracht werden.

Nun gibt es zwar auf der anderen Seite im Bereich der Kinder und Jugendlichen Entlastungen. Geht man jedoch davon aus, daß ein Abbau der Leistungen für diesen Bereich nicht einfach in dem Umfang erfolgen kann, wie dieser Bevölkerungsanteil zurückgeht, so ist von hierher nur sehr bedingt eine Lösung zu erwarten. Insbesondere läßt sich nicht beliebig personelle und materielle Infrastruktur reduzieren, wie sich das vom Schülerbestand her anbieten könnte, da hier neben der Frage nach den Schulstandorten und der Zumutbarkeit der Schulwege auch regionalpolitische Gesichtspunkte mit einbezogen werden müssen. Trifft man hierzu vor allem bildungspolitisch einigermaßen realistisch erscheinende Annahmen, so fällt der Gesamtaufwand zu konstanten Preisen für diese Bevölkerungsgruppe von 10,7 Milliarden DM im Jahre 1979 bis zum Jahre 2035 nur wenig ab, etwa auf vergleichbar heute 9,4 Milliarden DM. Andererseits folgt aus diesen Annahmen auch, daß sich das Pro-Kopf-Leistungsniveau spürbar erhöht (kleinere Klassenstärken u. ä.).

Neben den beiden hier angesprochenen Bevölkerungsgruppen erhalten – wie auch aus den Sozialbudgetberechnungen hervorgeht – auch die Erwerbspersonen und die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren Sozialleistungen in beträchtlicher Höhe. Da die Veränderung der Bevölkerungsstruktur auch diese Gruppen erfaßt, ergibt sich hier ebenfalls die Frage nach auftretenden zukünftigen Mehr- oder Minderleistungen (bezogen auf 1979). Für die Nichterwerbspersonen zwischen 25 und 65 Jahren sind die Effekte recht gering und laufen auf einen Mehraufwand nach der Jahrhundertwende um weniger als 0,5 Milliarden DM jährlich hinaus. Anders dagegen die Erwerbspersonen: für sie ergeben sich bis zum Jahr 2000 Mehrleistungen, die um die Jahre 1985 bis 1990 mit 1 Milliarde DM ihren Höhepunkt erreichen. Danach ergeben sich bis zum Jahr 2035 (zunehmend) Aufwandsrückgänge, die schließlich auf 4 Milliarden DM jährlich anwachsen.

Betrachtet man die Bevölkerungsgruppen zusammen, so ergeben sich im gesamten Zeitraum bis 2035 nur im Jahrzehnt von 2005 bis 2015 demographisch bedingte jährliche Mehraufwendungen in bezug zum Basisjahr 1979. In allen anderen Zeitperioden überwiegen die Aufwandsrückgänge. Dieses zunächst recht optimistische Bild verdüstert sich allerdings, wenn man nach der Belastung der Erwerbspersonen fragt, die diese Sozialleistungen aufbringen müssen. Zwei Entwicklungsphasen zeichnen sich im Betrachtungszeitraum ab: Wieder unter ausschließlich demographischem Aspekt und unter Außerachtlassung von Veränderungen der ökonomischen Gegebenheiten tritt eine sinkende Soziallast (Sozialleistungen je Erwerbsperson) aufgrund der demographisch bedingten Zunahme der Erwerbspersonen bis 1990 ein. Mußte 1979 eine Erwerbsperson unser Sozialleistungssystem nach den Daten des Sozialbudgets noch mit durchschnittlich 10535 DM jährlich finanzieren, so sind 1990 (in konstanten

Preisen) nur noch 9535 DM notwendig. In den Jahren danach tritt eine kontinuierliche Zunahme der Soziallast auf, die im Jahre 2035 mit 14597 DM ihren Höhepunkt erreicht. Damit steigt die Soziallast in unserer *Modellbetrachtung* von 1990 bis 2035 um über 50 Prozent. Diese Entwicklung ist ausschließlich auf die nach 2000 rasch abnehmende Erwerbspersonenzahl zurückzuführen. Die Soziallasten müssen dann auf immer weniger Schultern verteilt werden.

»Demographische Trägheit« als politisches Problem

In der zu Eingang zitierten Feststellung von J. M. Keynes ist von den sich nur allmählich vollziehenden (und deshalb den Beobachtungen der Zeitgenossen entgehenden) demographischen Veränderungen die Rede. Die Bevölkerungswissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang auch gerne von der »demographischen Trägheit«, die hier wirksam ist und längst eingetretene tiefgreifende Veränderungen oft erst sehr spät voll sichtbar werden läßt. Um so mehr sind daher die sich abzeichnenden Wandlungen im demographischen Prozeß, wie sie auch am Beispiel der Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg sichtbar gemacht werden konnten, aufmerksam zu beobachten und rechtzeitig auf Folgewirkungen in den verschiedenen politischen Handlungsfeldern hin abzuschätzen.⁷

Bei den Fragen der Bevölkerungsentwicklung, insbesondere in ihrer »natürlichen« Komponente und den darauf zu gebenden Antworten in Staat und Gesellschaft, sei es nun im Sinne reaktiver Anpassung in den verschiedensten Politikbereichen, sei es erst recht im Sinne aktiver Gestaltung des künftigen Prozesses, handelt es sich – und dies sei abschließend besonders unterstrichen – um ein nur langfristig anzugehendes Problem, freilich auch um ein weithin kaum emotionsfrei zu diskutierendes Problem. Eben darin liegt freilich auch eine mehrfache Gefahr: Die für Bevölkerungsvorgänge charakteristische Langzeitwirkung mag dazu verführen, dieses Problem kurzfristig in den konkurrierenden Tagesfragen nicht mit der Aufmerksamkeit zu behandeln, die ihm im Grunde zukommt. Allerdings sind hier noch weiter reichende Zusammenhänge zu bedenken; sie betreffen die *langfristige Orientierung der politischen und sozialen Institutionen*. Angesichts der kollektiven Entscheidungsmechanismen westlicher parlamentarischer Demokratien kann die Frage berechtigt erscheinen, ob Bevölkerungsbewegungen, deren Auswirkungen über den Kreis der heute Lebenden hinausreichen, überhaupt eine Chance haben, zum Gegenstand einer aktiv-gestaltenden Politik zu werden, ob es etwa den kommenden Generationen überlassen bleibt, sich reaktiv den

Daten der durch gegenwärtige Entscheidungen zumindest mit herbeigeführten Lage anzupassen.

Eine weitere Gefahr liegt in der nicht selten zu beobachtenden Verwechslung von Mitteln mit Zielen. Bevölkerungszahlen und -entwicklungen stellen kein eigenes Ziel dar; erst recht wäre Bevölkerungswachstum an sich noch kein Wert. Die zahlenmäßige Bevölkerungsentwicklung bildet freilich *eine* wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung von gesellschaftspolitischen Wertsetzungen. Bisher mangelt es jedoch weithin noch an dem konkreten Aufweis der Bedeutung der verschiedenen Bevölkerungsprozesse für die Realisierungschancen der leitenden gesellschaftspolitischen Grundziele.

Schließlich ist daran zu erinnern, daß die individuellen generativen Entscheidungen, die *neben* den Wanderungsbewegungen die demographische Entwicklung eines Landes nachhaltig bestimmen, im Raum des Privaten angesiedelt einen so höchst persönlichen Charakter tragen; dies mag dann den Blick dafür verstellen, daß diese sehr persönlichen Entscheidungen der einzelnen Paare in ihren objektiven Konsequenzen zugleich gesellschaftlich in hohem Maße relevant sind. Der einzelne wird hier stets zunächst von seinen subjektiven Bedürfnissen, Wertsetzungen und Lebensentwürfen ausgehen. Auswirkungen auf ein stets nur schwer konkret definierbares Allgemeininteresse oder Gemeinwohl treten für ihn sehr leicht in den Hintergrund oder bleiben ihm sogar ganz verborgen. Angesichts dieses Befundes erscheint es naheliegend, hier – auch hier – ein strukturelles Defizit in der Berücksichtigung gesellschaftlicher Zusammenhänge anzunehmen. Offensichtlich besteht in unserer Gesellschaft ein Ungleichgewicht zwischen der Berücksichtigung »privater« und »öffentlicher« Konsequenzen des generativen Verhaltens, dem in der Vielzahl der einzelnen Ehen ein Kalkül vorgelagert ist, in das vorwiegend die privaten Folgen der individuellen Entscheidungen für oder gegen Kinder eingehen. Wer garantiert hier Ausgewogenheit? Wer gewährleistet die Solidarität der Generationen durch die Zeiten hindurch? Gerade die Wirkungen der »demographischen Trägheit« ließen es höchst unbefriedigend erscheinen, wollte man hier auf problemangemessenes politisches Handeln verzichten und die Entwicklung allein Entscheidungen überlassen, die u.U. recht einseitig aus kurzfristigen Individualperspektiven erwachsen.

Über allen diesen drängenden Fragen sollte freilich auch nicht übersehen werden, wie sehr mehr denn je eine großräumige Betrachtung in einem politisch – trotz aller Verzögerungen – mehr und mehr zusammenwachsenden Europa geboten ist. Bevölkerungsprobleme auch im eigenen Land können immer weniger in rein nationalen Kategorien gesehen und angegangen werden. Es erscheint nützlich, auch daran zu erinnern, wenn die Bevölkerungsentwicklung im Südweststaat zur Debatte steht.

Tabelle 6: Bevölkerungsbilanz seit 1965

Jahr	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit (-)	Zuzüge Über die Landesgrenze	Fortzüge	Wanderungs- saldo	Bevölkerungs- zu- bzw. -abnahme (-) insgesamt	Bevölkerung am 31. De- zember
a) Gesamtbevölkerung								
1965	158 742	85 941	72 801	402 576	306 572	96 004	168 805	8 426 202
1966	160 802	86 600	74 202	373 697	339 995	33 702	107 904	8 534 106
1967	155 617	87 276	68 341	274 573	311 535	- 36 962	31 379	8 565 471 ¹
1968	147 961	93 263	54 698	358 881	265 157	93 724	148 422	8 713 893
1969	140 087	94 628	45 459	445 621	295 274	150 347	195 806	8 909 699
1970	128 212	92 628	35 584	430 349	320 888	109 461	145 045	8 953 607 ²
1971	123 871	92 671	31 200	394 150	323 843	70 307	101 507	9 055 114
1972	112 845	92 740	20 105	390 189	311 256	78 933	99 038	9 154 152
1973	102 875	92 918	9 957	384 032	308 765	75 267	85 224	9 239 376
1974	102 206	93 127	9 079	274 660	296 875	- 122 215	- 13 136	9 226 240
1975	97 019	95 646	1 373	203 461	278 326	- 74 865	- 73 492	9 152 748
1976	95 492	94 426	1 066	211 451	245 999	- 34 548	- 33 482	9 119 266
1977	90 981	90 517	464	229 704	228 981	723	1 187	9 120 453
1978	89 924	93 987	- 4 063	237 097	215 697	21 400	17 337	9 137 790
1979	92 425	91 513	912	258 873	207 523	51 350	52 262	9 190 052
1980	99 721	92 418	7 303	277 315	215 723	61 592	68 895	9 258 947
1981	100 673	93 979	6 694	232 880	210 600	22 280	28 974	9 287 921
1982	100 268	93 197	7 071	192 261	216 645	- 24 384	- 17 313	9 270 608

Jahr	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit (-)	Zuzüge Über die Landesgrenze	Fortzüge	Wanderungs- saldo	Bevölkerungs- zu- bzw. -abnahme (-) insgesamt	Bevölkerung am 31. De- zember
b) Deutsche ¹								
1965	149 455	84 970	64 485	168 851	149 683	19 168	83 653	8 001 040
1966	149 428	85 494	63 934	164 527	148 304	16 223	80 157	8 081 197
1967	143 597	86 165	57 432	160 419	139 932	20 487	77 919	8 159 102 ¹
1968	136 370	92 105	44 265	159 826	141 212	18 614	62 879	8 221 981
1969	126 798	93 225	33 573	159 929	140 233	19 696	53 269	8 275 250
1970	111 897	90 950	20 947	147 882	135 016	12 866	33 813	8 273 522 ²
1971	104 159	90 889	13 270	147 033	130 018	17 015	30 285	8 303 807
1972	91 493	90 920	573	146 473	124 439	22 034	22 607	8 326 414
1973	80 086	91 109	- 11 023	134 679	118 411	16 268	5 245	8 331 659
1974	77 702	91 360	- 13 658	125 604	112 962	12 642	- 1 016	8 330 643
1975	75 819	93 912	- 18 093	111 944	109 959	1 985	- 16 108	8 314 535
1976	76 653	92 945	- 16 292	113 699	105 959	7 740	- 8 552	8 305 983
1977	74 236	89 018	- 14 782	120 153	105 857	14 296	- 486	8 307 208
1978	73 895	92 576	- 18 681	122 525	106 716	15 809	- 2 872	8 308 583
1979	76 318	90 027	- 13 709	122 214	103 556	18 658	4 949	8 316 616
1980	82 367	90 907	- 8 540	125 959	104 409	21 550	13 010	8 332 594
1981	83 562	92 469	- 8 907	121 277	102 201	19 076	10 169	8 345 497
1982	84 873	91 635	- 6 762	117 130	104 578	- 12 552	8 240	8 353 737

Jahr	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburten- überschuß bzw. -defizit (-)	Zuzüge über die Landesgrenze	Fortzüge	Wanderungs- saldo	Bevölkerungs- zu- bzw. -abnahme (-) insgesamt	Bevölkerung am 31. De- zember
c) Ausländer ¹⁾								
1965	9 287	971	8 316	233 725	156 889	76 836	85 152	425 162
1966	11 374	1 106	10 268	209 170	191 691	17 479	27 747	452 909
1967	12 020	1 111	10 909	114 154	171 603	- 57 449	- 46 540	406 369
1968	11 591	1 158	10 433	199 055	123 945	75 110	85 543	491 912
1969	13 289	1 403	11 886	285 692	155 041	130 651	142 537	634 449
1970	16 315	1 678	14 637	282 467	185 872	96 595	111 232	680 085 ²⁾
1971	19 712	1 782	17 930	247 117	193 825	53 292	71 222	751 307
1972	21 352	1 820	19 532	243 716	186 817	56 899	76 431	827 738
1973	22 789	1 809	20 980	249 353	190 354	58 999	79 979	907 717
1974	24 504	1 767	22 737	149 056	183 913	- 34 857	- 12 120	895 597
1975	21 200	1 734	19 466	91 517	168 367	- 76 850	- 57 384	838 213
1976	18 839	1 481	17 358	97 752	140 040	- 42 288	- 24 930	813 283
1977	16 745	1 499	15 246	109 551	123 124	- 13 573	1 673	813 245
1978	16 029	1 411	14 618	114 572	108 981	5 591	20 209	829 207
1979	16 107	1 486	14 621	136 659	103 967	32 692	47 313	783 436
1980	17 354	1 511	15 843	151 356	111 314	40 042	55 885	926 353
1981	17 111	1 510	15 601	111 603	108 399	3 204	18 805	942 424
1982	15 395	1 562	13 833	75 131	112 067	- 36 936	- 25 553	919 321

¹⁾ Gebietsabgrenzung an die Schweiz vom 20. 7. 1967 (14 Personen).

²⁾ In den Jahren 1961 und 1970 wurden die fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen auf Grund der Ergebnisse aus den Bevölkerungszählungen dieser zwei Jahre bereinigt.

³⁾ Differenz und Berücksichtigung der Ein- und Ausbürgerungen in der amtlichen Fortschreibung seit 1977.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Anmerkungen

- 1 Vgl. P. Steinki, Statistische Monatshefte des Landes BW, 8/1969, S. 229ff.
- 2 Siehe dazu auch M. Wingen, Kinder in der Industriegesellschaft – wozu? Analysen – Perspektiven – Kurskorrekturen, Reihe »Texte und Thesen«, Bd. 146, Edition Interfrom, Zürich u. Osnabrück 1982, hier: Abschn. »Neue Lebensentwürfe im Widerstreit zum Kind – Wie weit trägt die bisherige Ursachenforschung des Geburtenrückgangs?«, S. 29–46.
- 3 Siehe G. Gröner, Zur Entwicklung der Sterblichkeit in den letzten zehn Jahren, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 8 (1982).
- 4 Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1980/81 sowie H. Kaeser, in: BW in Wort und Zahl, Heft 8 (1981).
- 5 Zur Gesamtauswertung dieser Zusatzerhebung zum amtl. Mikrozensus 1981 sei verwiesen auf die Hefte 1–5 der »Materialien und Berichte« der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle (Projektgruppe im Statistischen Landesamt BW), hekt. Stuttgart 1982.
- 6 Statistisch-prognostischer Bericht 1981/82 (Daten – Analysen – Perspektiven), S. 44ff., sowie P. Linder, Aufwendungen für die nachwachsende und ältere Generation und Auswirkungen der demographischen Entwicklung (1. und 2. Teil), in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Hefte 9 und 10 (1982). Den Berechnungen wird dort die Modellrechnung der Ministerpräsidentenkonferenz 1976 über die natürliche Bevölkerungsbewegung zugrunde gelegt, da es sich hierbei um die einzige amtliche Modellrechnung zur künftigen Bevölkerungsentwicklung handelt, die auf Länderebene regionalisiert ist und für alle Bundesländer einheitlich durchgeführt wurde.
- 7 M. Wingen, Bevölkerungsentwicklung – ein politische Herausforderung. Demographische Tatbestände und Zusammenhänge, neue Problem und offene Fragen, bevölkerungspolitische Perspektiven, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), München 1980

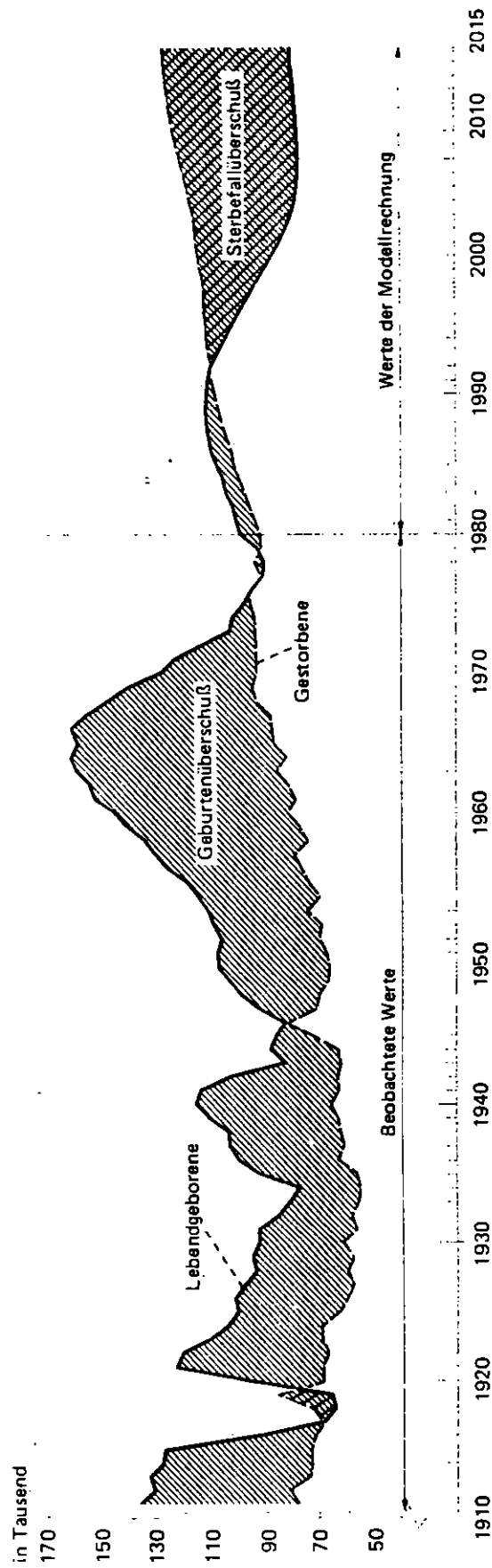


Abbildung 3: Lebendgeborene und Gestorbene (Gesamtbevölkerung) in Baden-Württemberg von 1910 bis 2015 (ab 1980 Modellrechnung mit Wanderungssaldo ± 0)
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

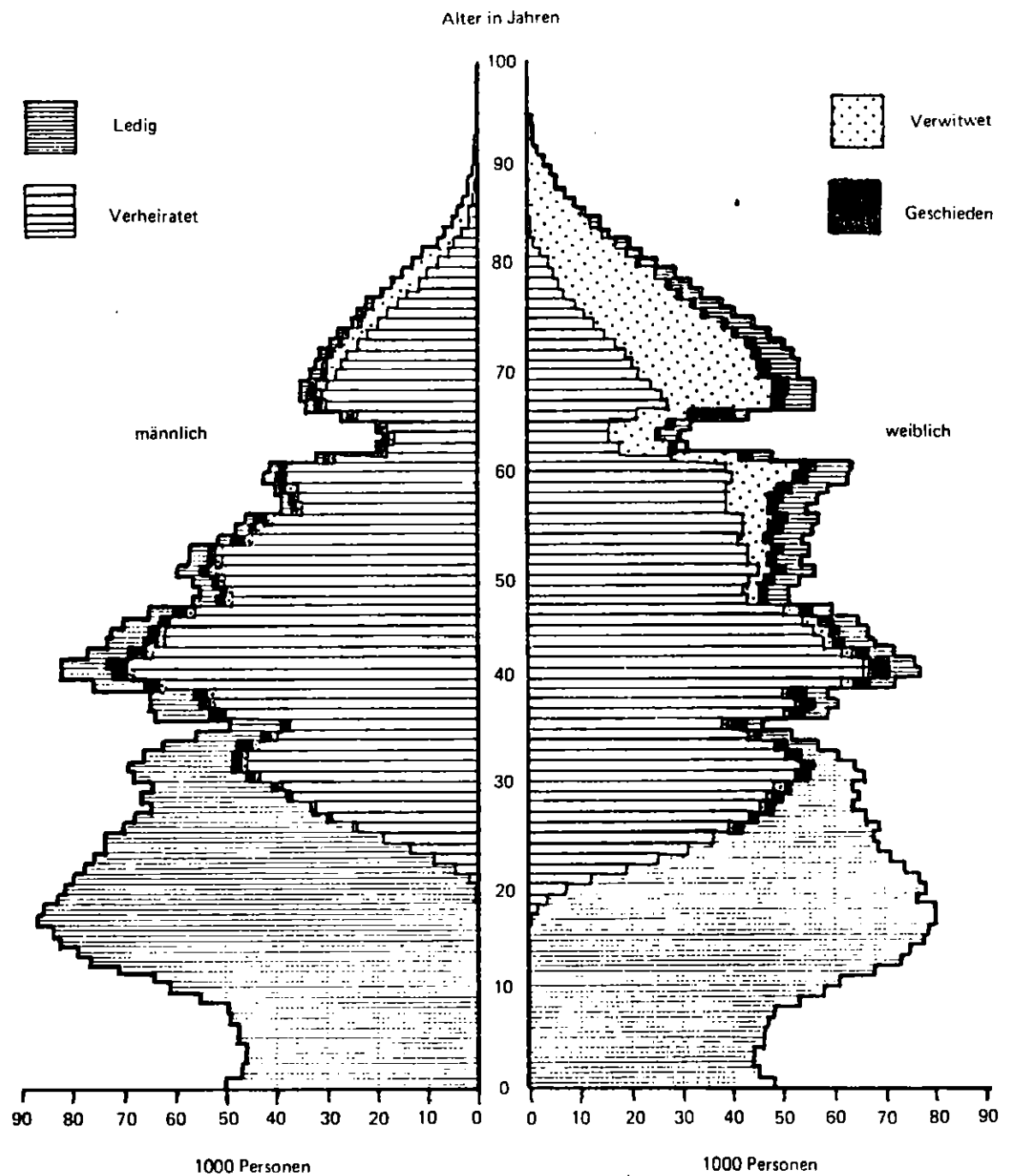


Abbildung 4: Altersaufbau und Familienstandsgliederung der Wohnbevölkerung in Baden-Württemberg am 1. 1. 1981
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg